

# MÜSSEN ZUERST UNSERE KLINIKEN UND DANN DIE LANDWIRTE STERBEN?

Ein offener Brief an die Politik auf allen Ebenen!



Herrn Landrat Anton Speer

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister  
des Landkreises Garmisch-Partenkirchen

Mitglieder des Kreistages

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

mit Bedauern müssen wir feststellen, dass die aktuellen Bürgerproteste an unseren politischen Vertretern fast spurlos vorübergehen. Mit Ausnahme des CSU-Kreisverbandes, des CSU-Fraktionsvorsitzenden, des Vorsitzenden des CSU-Kreisverbandes und der Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen hat es seitens der im Kreistag vertretenen Parteien keinerlei Solidaritätsbekundung für die Anliegen der protestierenden Bürger gegeben.

Dabei geht es mittlerweile um mehr, als es die originären Beweggründe vermuten lassen würden. Tatsächlich verspüren die Bürgerinnen und Bürger mehr als ein deutliches Unwohlsein in Verbindung mit der aktuellen Bundespolitik.

Die Streichung der Diesel-Förderung verschlechtert die Situation unserer ohnehin schon maximal belasteten Landwirte zusätzlich. Mit jedem Euro, den der Landwirtschaft aufgebürdet wird, verschlechtert sich die Konkurrenzfähigkeit unserer im Landkreis meist kleinstrukturierten Betriebe. Zusätzlich zu den finanziellen Belastungen ist eine deutliche Zunahme von Reglementierungen wie z.B. Düngeverordnung, Flächenmanagement, Anbindehaltung etc. spürbar. Keine dieser Maßnahmen wirkt sich produktiv aus, vielmehr ist immer mehr Arbeit in administrative Vorgänge zu investieren. Der angekündigte Bürokratieabbau entwickelt sich genau und mit verstärkter Dynamik in die gegensätzliche Richtung! Wenn diese Entwicklung in der Art fortgeschrieben wird, ist letztendlich das Fortdauern unserer Landwirtschaft existentiell gefährdet. Das aktuelle Verhalten der Bundesregierung lässt nur den Schluss zu, dass offensichtlich über eine wie auch immer geartete „Marktberreinigung“ die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe reduziert werden soll.

Noch gravierender ist die Entwicklung im Bereich des Gesundheitswesens: Trotz weithin hörbarer Hilferufe aus dem Gesundheitssektor wird anscheinend mit Absicht auf eine Marktberreinigung bei den Kliniken hingearbeitet. Auch hier ist die Vorgehensweise dem in der Landwirtschaft ähnlich: Durch Vorenthaltung eines Inflationsausgleiches sind die Kliniken gezwungen, immer größere Defizite anzuhäufen. Diese negativen Betriebsergebnisse rühren ausschließlich daher, dass sich die Erstattungshöhen der einzelnen Fälle nicht ändern, dagegen Steigerungen aus tariflichen, inflations- und energiekostenbedingten Entwicklungen zu einer immer größer werdenden Lücke zwischen Erlösen und Kosten führen. Eine derartige Entwicklung kann schon kurzfristig zu Problemen in der Gesundheitsversorgung unserer Landkreisbürger führen, langfristig ist eine Reduktion der Leistungsfähigkeit unserer Kliniken mehr als zu befürchten. Wenn wir das Klinikum Garmisch-Partenkirchen als Beispiel nehmen, hat sich über Jahrzehnte ein Haus etabliert, das die

Gesundheitsversorgung unserer Bürger in hervorragender und wirtschaftlich erfolgreicher Weise leisten kann – dieses Erfolgsmodell wird jetzt bewusst und mit Absicht von den Verantwortlichen in der Bundesregierung durch eine letztendliche Überforderung der Gemeinden und Landkreise an die Wand gefahren. Wie zuvor schon beschrieben, sind die Faktoren für die existenzgefährdende Situation allein im Verhalten des Bundesgesundheitsministers zu suchen.

Diese Aufzählung ließe sich noch in erheblichem Umfang ergänzen. Die chaotischen Rahmenbedingungen in den Bauvorschriften führen zum fast vollständigen Erliegen jeglicher Bautätigkeit, die Problematik der Bewältigung der überbordenden Anzahl von Asylsuchenden werden zwar diskutiert, einzelne Maßnahmen mit spürbar heißer Nadel eingeführt – allein der Effekt tendiert gegen Null!

Wie Sie anhand der gewählten Beispiele ersehen können, handelt es sich hierbei um existenzielle Krisen, die weit über eine sog. politische Meinung hinausgehen. Tatsächlich werden durch offensichtliche ideologisch gesteuerte Inkompetenz nachhaltige und existenzgefährdende Krisen ausgelöst. Diese sind nicht mit einer bloßen Anpassung an demokratische Entscheidungsprozesse zu lösen – es geht hier um existenzielle Fragen.

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nur ein Unwohlsein verspüren sondern angesichts des geschilderten chaotischen Regierungshandelns es mit der Angst zu tun bekommen. **Wir bitten Sie daher angesichts der für unsere Daseinsvorsorge existentiell wichtigen Fragen um Ihre Unterstützung.** Die Wahrnehmung der geschilderten Problematik steigt dadurch, dass sich die gewählten Volksvertreter der Sache annehmen. Das bisherige Verhalten so mancher Mandatsträger wird von unserer Seite eher als taktisch begründet empfunden.

#### Wir bitten Sie daher um Folgendes:

- **Nennen Sie** die Fehlentwicklungen und die mitunter existentiellen Probleme der Ampel-Regierung beim Namen! Eventuelle Zugehörigkeiten zu Regierungsparteien dürfen keinen politischen Maulkorb implizieren!
- **Zeigen Sie** die finanziellen Folgen der chaotischen politischen Entscheidungen unserer Bundesregierung auf. So schlägt z.B. die Arbeitsverweigerung des Bundesgesundheitsministers bei der Finanzsituation der Kliniken in Deutschland über die Kreisumlage bis auf jeden einzelnen Bürger durch. Dass die Gemeinden in ihrer ohnehin begrenzten Handlungsfähigkeit auf lange Zeit eingeschränkt werden, sei hier nur am Rande erwähnt.
- **Unterstützen Sie** die Dynamik der aktuellen Bürgerbewegung und signalisieren Sie als gewählte Vertreter des Volkes, dass ein kritischer Punkt erreicht ist.
- **Hören Sie auf das Volk:** Allein die Wahrnehmung, dass die Belange der Bürgerinnen und Bürger nicht wahrgenommen oder ernstgenommen werden, führt zu einer Verstärkung gewisser radikaler Tendenzen.
- **Haben Sie Mut!** Sicher ist verständlich, dass jedwede Art von Protest und Kontra per se unbequem ist. Allerdings ist in Ihrer Stellenbeschreibung auch die Vertretung der Bürger in schwierigsten Situationen vorhanden – bitte erfüllen Sie diese und unterstützen uns in den vorher geschilderten Belangen.

Wir bedanken uns schon jetzt für jede Art der Unterstützung. Angesichts der Tatsache, dass es weniger als „Fünf vor Zwölf“ ist, kann eine Gründung von Dialogforen, politischen Selbstfindungsgruppen oder sonstigen ineffizienten Beruhigungsszenarien nicht ausreichen.

**Jetzt gilt es, unsere Demokratie wieder in ein sicheres Fahrwasser zu bringen und die Existenzgrundlage unserer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu sichern!**